

Redebeitrag für die No Lager Woche NRW



Das Jahr 2015, in dem sich ganz Deutschland aufgrund seiner Gastfreundschaft und herzlichen Willkommenskultur gefeiert hat, ist längst vorbei. Die in den letzten Jahren beschlossenen Gesetzesänderungen und formulierten Gesetzesvorhaben im Bereich Asyl- und Aufenthaltsrecht zeugen nicht davon, dass mit dem Geist von 2015 ein gesellschaftliches und politisches Fundament gelegt wurde, auf dem Gastfreundschaft auf- und ausgebaut werden kann.

Nach den Ereignissen in Köln zum Jahreswechsel 2015/2016 wurde relativ schnell das Asylpaket II beschlossen, das unter anderem den Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte aussetzte und eine Reihe weiterer sogenannter „Sicherer Herkunftsländer“ einführte. Des Weiteren wurde die Einrichtung von Hot Spots in nordafrikanischen Ländern vorangetrieben (und damit die de facto Verlegung der europäischen Außengrenze), in Deutschland wurden ANKER Zentren als Modellprojekte der Internierung, Entrechtung und schnellen Abschiebung erbaut, die Abschiebehäft ausgeweitet und Afghanistan als „sicher“ eingestuft, um nur einiges zu nennen.

Weltweit sind mehr als 80 Millionen Menschen auf der Flucht. Auf der Flucht vor Krieg, Gewalt, politischer Verfolgung und Naturkatastrophen, die begünstigt werden durch einen ausbeuterischen Lebensstandard, den sich der globale Norden ohne mit der Wimper zu zucken leistet. Demgegenüber stehen rund 95.000 Asylanträge, die 2020 in Deutschland gestellt wurden. Damit ist ein historischer Tiefstand erreicht. Die politische Rhetorik auf nationaler und europäischer Ebene lässt anderes vermuten: hier geht es um den Ausbau der Grenzsicherung, um die Aufstockung von Frontex, um die Verteilungsfrage von Geflüchteten, die im EU Migrationspakt und dem Vorhaben, Abschiebepartnerschaften zu bilden, einen zynischen Höhepunkt erreicht hat. Nur leider ist das nicht nur politische Rhetorik: Die Notsituation und Verzweiflung von Menschen auf der Flucht wird zum politischen Spielball, wird als Druckmittel eingesetzt, um nationalstaatliche Interessen zu verhandeln: Wie kürzlich in Ceuta geschehen, als der Grenzzaun für wenige Stunden unbewacht blieb. Wie der Deal zwischen Seehofer und der griechischen Regierung, der den Menschen das Recht verwehrt, einen Asylantrag zu stellen. Ganz zu schweigen von den diversen Abkommen zwischen der EU und der Türkei.

Das Gewähren von Schutz ist für die europäischen Staaten schon lange nicht mehr Teil ihres humanitären Selbstverständnisses. Und seit der faktischen Abschaffung des Grundrechts auf Asyl 1993 sind die Möglichkeiten, einen Aufenthalt in Deutschland zu bekommen, zunehmend begrenzt geworden. Bzw. für Menschen aus den sogenannten sicheren Herkunftsländern unmöglich.

Das Bürger*innenAsyl ist eine Reaktion auf die immer restriktivere Asylgesetzgebung und eine Intervention in die alltägliche Praxis der Abschieberegime. In Anlehnung an das Kirchenasyl bietet es schutzsuchenden und von Abschiebung bedrohten Menschen Gastfreundschaft und Solidarität an. Mittlerweile gibt es bundesweit ca. 16 Initiativen.

Die Praxis der Unterstützung hat die Aktion Bürger*innenAsyl nicht neu erfunden. Ganz im Gegenteil. In migrantischen Communities gibt es Schutzstrukturen so lange es Abschiebungen gibt. Die Bürger*innenAsyl- Gruppen versuchen diese Praxis aus dem Bereich des Privaten an die Öffentlichkeit zu bringen: aktive Teile der Stadtgesellschaft erklären sich in einem Akt des zivilen Ungehorsams bereit, ihre Türen zu öffnen, Wohnraum zur Verfügung zu stellen und einen Platz zum Verweilen anzubieten.

Die Menschen, die sich für ein Bürger*innenasyl entscheiden, haben meist Monate, manche aber auch Jahre, in Lagern verbracht: in der Erstaufnahme, in der Zentralen Unterbringung, in kommunalen Massenunterkünften. Das immer längere Verweilen in den Lagern der zentralen und kommunalen Unterbringung erleichtert den Ordnungsbehörden den Zugriff auf Menschen, die abgeschoben werden sollen. Und genau das ist auch gewollt.

Das Bürger*innenasyl bietet einen Ausweg aus der Lagerunterbringung, bedeutet aber gleichzeitig, illegalisiert leben zu müssen. Mit der Angst, von der Polizei aufgegriffen und in Abschiebehäft genommen zu werden. Angewiesen zu sein auf die Unterstützung anderer Menschen. Keinen legalen Zugang zur Krankenversorgung und Sprachkursen zu haben. Bürger*innenasyl bedeutet warten, manchmal bis zu 18 Monate, bis die Überstellfrist abgelaufen und Deutschland für das Asylverfahren zuständig ist.

Es bedeutet aber auch, Solidarität zu erfahren, zur Ruhe zu kommen und Perspektiven entwickeln zu können.

Die Rückkehr ins Lager heißt oftmals erneute Isolation und Entrechtung.

„Sie waren strenger als zuvor und ich musste Dinge tun, an denen ich kein Interesse hatte. Trotz meines Aufenthalts konnte ich nicht länger als 24 Stunden außerhalb des Lagers sein“ berichtet eine Person, die nach einem Aufenthalt im Bürger*innenAsyl zurück im Lager ist.

Mit zivilgesellschaftlichem Engagement treten wir ein für eine Stadtgesellschaft, die sich solidarisch zeigt, wenn Menschen von Ausgrenzung und Abschiebung bedroht sind. Nicht wegschauen, sondern beieinander stehen, sich nicht zurückziehen, sondern die Türen öffnen.

Bürger*innenAsyle sind gelebte Solidarität und politische Aktion – die Möglichkeiten sich einzubringen sind vielfältig; spricht uns gern an!

Für die Abschaffung aller Lager und der damit einhergehenden Entrechtung! Kommen und bleiben!
Für ein grenzenloses Miteinander!